

Viele Lücken und keine Informationen zum Schutz im Katastrophenfall

Florian Kasser, Atomexperte von Greenpeace Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Damen und Herren

Ich komme zurück auf die konkrete Umsetzung der nun gestarteten Verteilung von Jod und werde nachfolgend aufzeigen, dass diese Massnahme jeglicher Konsequenz und Angemessenheit entbehrt, und zwar aus der Perspektive des Bevölkerungsschutzes.

Zuerst einmal ist es eine himmelschreiende Absurdität, dass unsere Nachbarn in Süddeutschland keine Jodtabletten erhalten, obwohl sie zum Teil im Einflussgebiet der Reaktoren von Leibstadt leben.

Wie lässt sich ausserdem der Umstand rechtfertigen, dass die Bewohner des Kantons Jura Jodtabletten erhalten, obwohl weite Gebiete ausserhalb der 50-Kilometer-Zone liegen, während die Bevölkerung der Stadt Frauenfeld, die mehrheitlich innerhalb dieser Zone lebt, flächendeckend von der Verteilung ausgeschlossen ist?

Nimmt man die Entstehungsgeschichte dieser neuen Verordnung zur Verteilung von Jodtabletten unter die Lupe, lässt sich leicht der willkürliche Charakter der Massnahme verdeutlichen. Der erste im Juli 2013 in die Vernehmlassung gegebene Entwurf sah nämlich die Verteilung in einer Zone von 100 Kilometern um die Schweizer AKW vor. Die entscheidenden Kommissionen und betroffenen Institutionen, wie etwa die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren, die Eidgenössische Kommission für Strahlenschutz und Überwachung der Radioaktivität (KSR) sowie die Eidgenössische Kommission für ABC-Schutz, haben diesen Verordnungsentwurf gutgeheissen.

Der Haken an diesem Vorschlag war, dass die Kantone die Finanzierung der Verteilung ausserhalb des Radius von 50 Kilometern hätten übernehmen müssen. Dies hat zu einer zweiten Version der Verordnung geführt mit dem schwachen Kompromiss von 50 Kilometern, wobei die Kosten nun von den AKW-Betreibern getragen werden müssen. Dieses Feilschen ist aus politischer Sicht nachvollziehbar, nicht aber aus Sicht des Bevölkerungsschutzes.

Halten wir am Rande fest, dass die Finanzierung der Verteilung noch nicht geregelt ist, da die Betreiber angekündigt haben, die Rechnung von 20 bis 30 Millionen Franken vor Gericht anfechten zu wollen.

Erlauben Sie mir, eine weitere Lücke der aktuellen Verteilung von Iod aufzuzeigen: Es fehlen klare Handlungsanweisungen für die Bevölkerung im Falle eines nuklearen Unfalls.

Im Zuge der Iod-Abgabe im Jahr 2004 erhielten die betroffenen Haushalte zwei Faltblätter mit ihrem Jodtabletten-Paket mitgeliefert:

- Eine Checkliste: «Was tun im Falle eines Unfalls in einem atomaren Reaktor?»
- Schutzmassnahmen für den Fall eines Unfalls in einem Atomreaktor

Diese Faltblätter veranschaulichten, wie man sich nach einem Unfall zu verhalten hat. Sie erklärten insbesondere die Dringlichkeit, Gebäude nicht zu verlassen oder besser, sich zum

Schutz vor Strahlung in den Keller zu begeben und Radio, Decken und Kinderspielsachen mit zu bringen.

Im Rahmen der aktuellen Jod-Verteilung, die gestern begonnen hat, ist nichts Derartiges vorgesehen. Gemäss offiziellen Informationen werden ausschliesslich die Tabletten, Hinweise zur Dosierung und eine kurze erklärende Notiz in acht Sprachen verteilt. Diese Notiz enthält keinerlei Anweisungen zum Verhalten im Katastrophenfall. Schlimmer noch, sie kann den Eindruck vermitteln, dass die Jodtabletten Sie gegen die Folgen eines Unfalls schützen. Kein Wort über weitere radioaktive Substanzen. Auch eine mögliche Evakuierung wird mit keinem Wort erwähnt.

Es ist nichts bekannt über Evakuierungspläne für Ballungsräume wie Zürich oder Bern. Auch wissen wir nichts darüber, wie politische und medizinische Aktivitäten (denken wir ans Inselspital!) sowie Verwaltungsaufgaben in einer Regierungshauptstadt sichergestellt würden, die sich nur 10 Kilometer vom Atomkraftwerk Mühleberg entfernt befindet. Ich glaube, ich gehe nicht zu weit mit der Behauptung, dass die Jodtabletten wohl nicht von grossem Nutzen sein würden.

Meine Damen, meine Herren. Ich hoffe, es ist mir gelungen, mit diesen Beispielen die offensichtlichen Grenzen der angelaufenen Verteilung von Jodtabletten zu veranschaulichen. Grenzen, welche die Widersprüchlichkeit dieser Aktion belegen. Einerseits bestätigen die höchsten Behörden der Schweiz (darunter der Bundesrat!) damit offiziell die Möglichkeit eines Atomunfalls in unserem Land. Mit dem Entscheid, den Verteilungsradius zu erweitern, anerkennen sie sogar, dass das Risiko bis zur Atomkatastrophe von Fukushima unterschätzt worden ist. Andererseits erinnern die beschriebenen Grenzen der Jodverteilung an die Unmöglichkeit, eine Katastrophe dieses Ausmasses in den Griff zu bekommen und die Bevölkerung vor den mit dem Betrieb von AKW verbundenen Risiken zu schützen.

Um auf den Slogan der Verteilungs-Kampagne zurück zu kommen, «im Notfall gut geschützt»: Erlauben Sie mir, mein grosses Unverständnis gegenüber der gewählten Formulierung auszudrücken. Sie ist irreführend oder sogar unwahr und suggeriert eine falsche Sicherheit in Bezug auf Atomrisiken. Eine Sicherheit, die es nie geben wird, solange nicht das letzte Schweizer Atomkraftwerk abgestellt ist.

	2004	2014
Gebiet	Radius von 20 km rund um die Atomkraftwerke	Radius von 50 km rund um die Atomkraftwerke
Betroffene Bevölkerung	1.2 Millionen Menschen (15% der Bevölkerung)	4.9 Millionen Menschen (60% der Bevölkerung)
Kantone	AG, BE, FR, SO Einzelne Gemeinden: BL, LU, NE, VD, ZH	AG, BL, BS, BE, FR, JU, LU, NE, SH, SO, VD, ZG, ZH Einzelne Gemeinden: TG, NW
Gemeinden	440 Gemeinden	1390 Gemeinden
Grossräume	Bern, Baden-Brugg, Olten, Fribourg, Biel, Aarau	Neu: Zürich, Basel, Luzern, Winterthur, Thun, Neuchâtel
Kosten	10 Millionen Franken	30 Millionen Franken